

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

Im Transitabkommen vom 17. Dezember 1971 und dem Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 vereinbarten beide deutschen Staaten Reiseerleichterungen. Der Verkehr zwischen Westdeutschland und West-Berlin wurde vereinfacht, ebenso die Einreise von Bundesbürgern in die DDR. Doch im Hintergrund intensivierte das MfS unter anderem die Überwachung der Transitstrecken in der DDR und dokumentierte Verstöße gegen das Transitabkommen.

Zwischen 1970 und 1972 unterzeichneten die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs, die Volksrepublik Polen sowie die beiden deutschen Staaten mehrere Abkommen und Verträge, die zu politischer Entspannung und praktischen Erleichterungen führten. Die Ostverträge der BRD mit der Sowjetunion und Polen (unterzeichnet am 12.8. bzw. 7.12.1970) sowie das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (unterzeichnet am 3.9.1971) bildeten die Grundlage für mehrere innerdeutsche Vereinbarungen. Dazu zählten das Transitabkommen und der Verkehrsvertrag, die vor allem für Westdeutsche und West-Berliner Reiseerleichterungen bewirkten. Reisende zwischen Westdeutschland und West-Berlin konnten nun weitgehend unbehindert und ohne intensive Kontrollprozedur im Transit durch die DDR fahren.

Für den Staatssicherheitsdienst hieß dies, dass die Transitstrecken nun ähnlich intensiv zu überwachen waren wie die Grenzen der DDR, um Fluchtmöglichkeiten zu verhindern. Für die lückenlose Beobachtung von der Einreise bis zur Ausreise und um Missbrauch des Transitabkommens aufzudecken und abzuwehren, wurden fast alle Diensteinheiten der Stasi in die Planung einbezogen. Dies betraf sowohl das Ministerium in Berlin als auch die Bezirke entlang der Transitstrecken. Die Anzahl der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi stieg in den 70er Jahren deutlich an. Dies ist auch der empfundenen Notwendigkeit zu verdanken, bei steigenden Einreisezahlen die nun viel wahrscheinlichere Begegnung mit dem "Klassenfeind" zu kontrollieren.

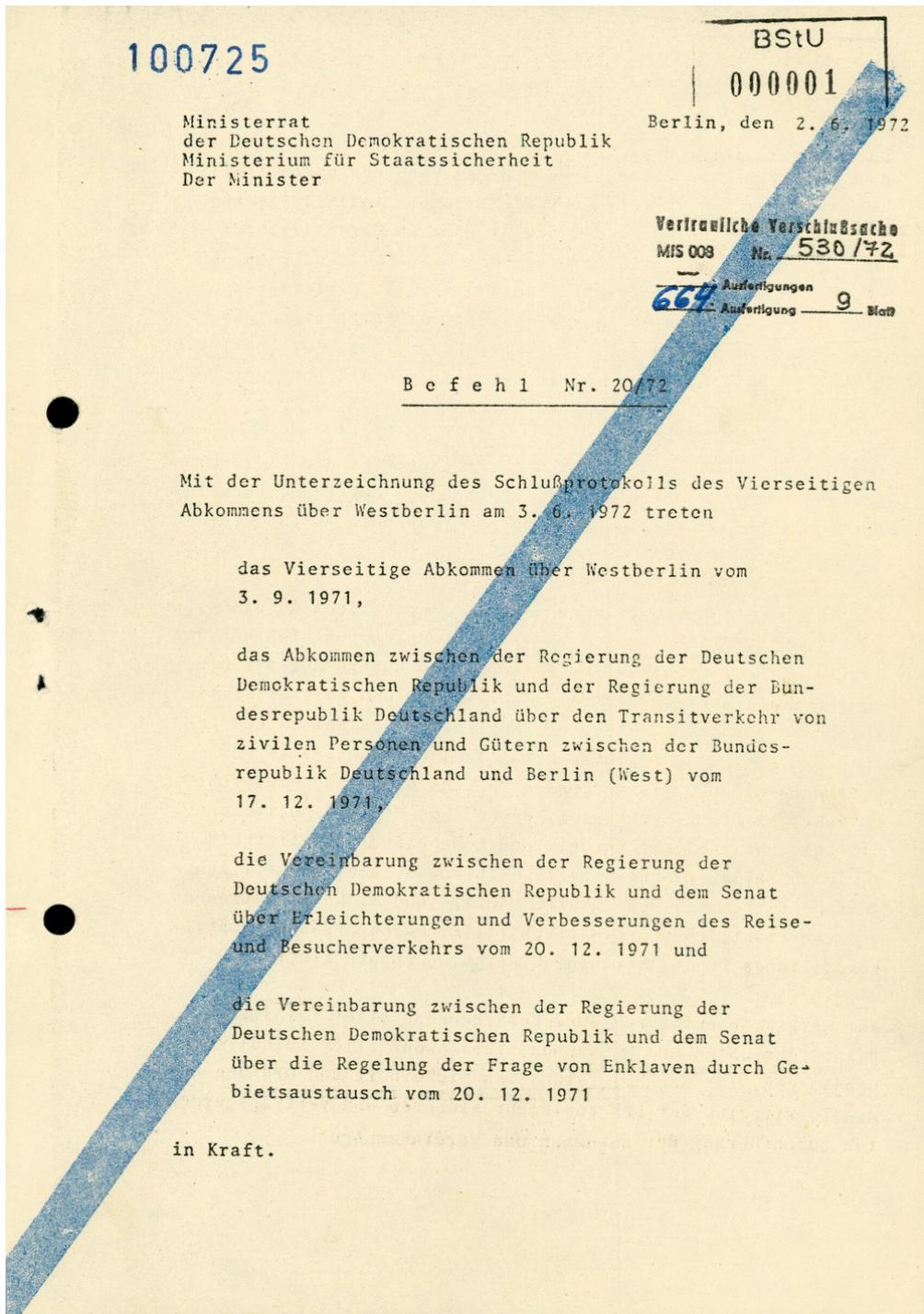
Auf der Grundlage des Befehls Nr. 20/72 des Ministers Mielke waren regelmäßig ausführliche, quantitative Berichte über den Grenzverkehr an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) der Stasi zu liefern. Besonders die Verstöße gegen das Transitabkommen sollten aufgelistet werden.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok, Nr. 1743, BL. 1-18

Metadaten

Diensteinheit: Minister für
Staatssicherheit
Rechte: BStU

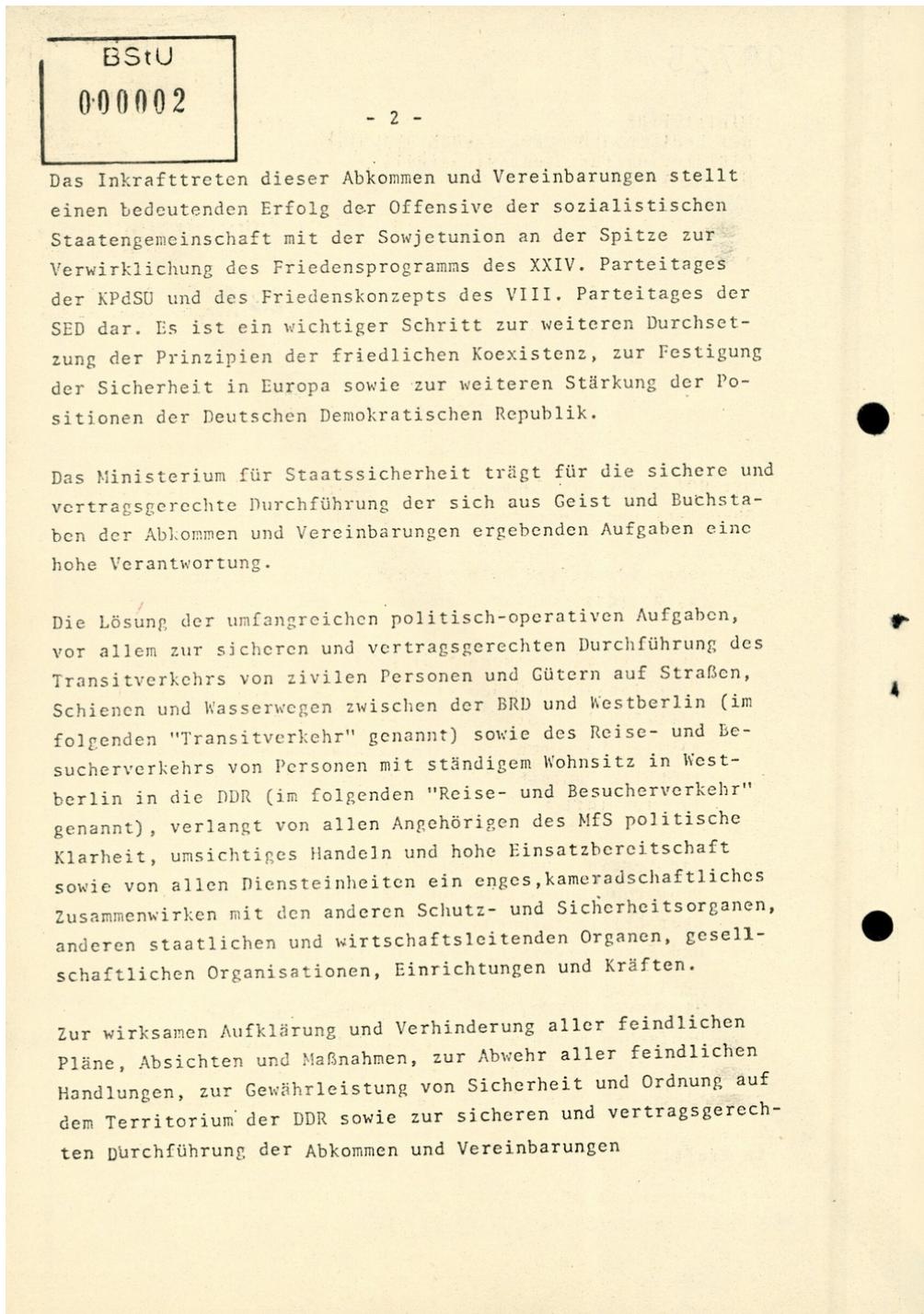
Urheber: MfS
Datum: 2.6.1972

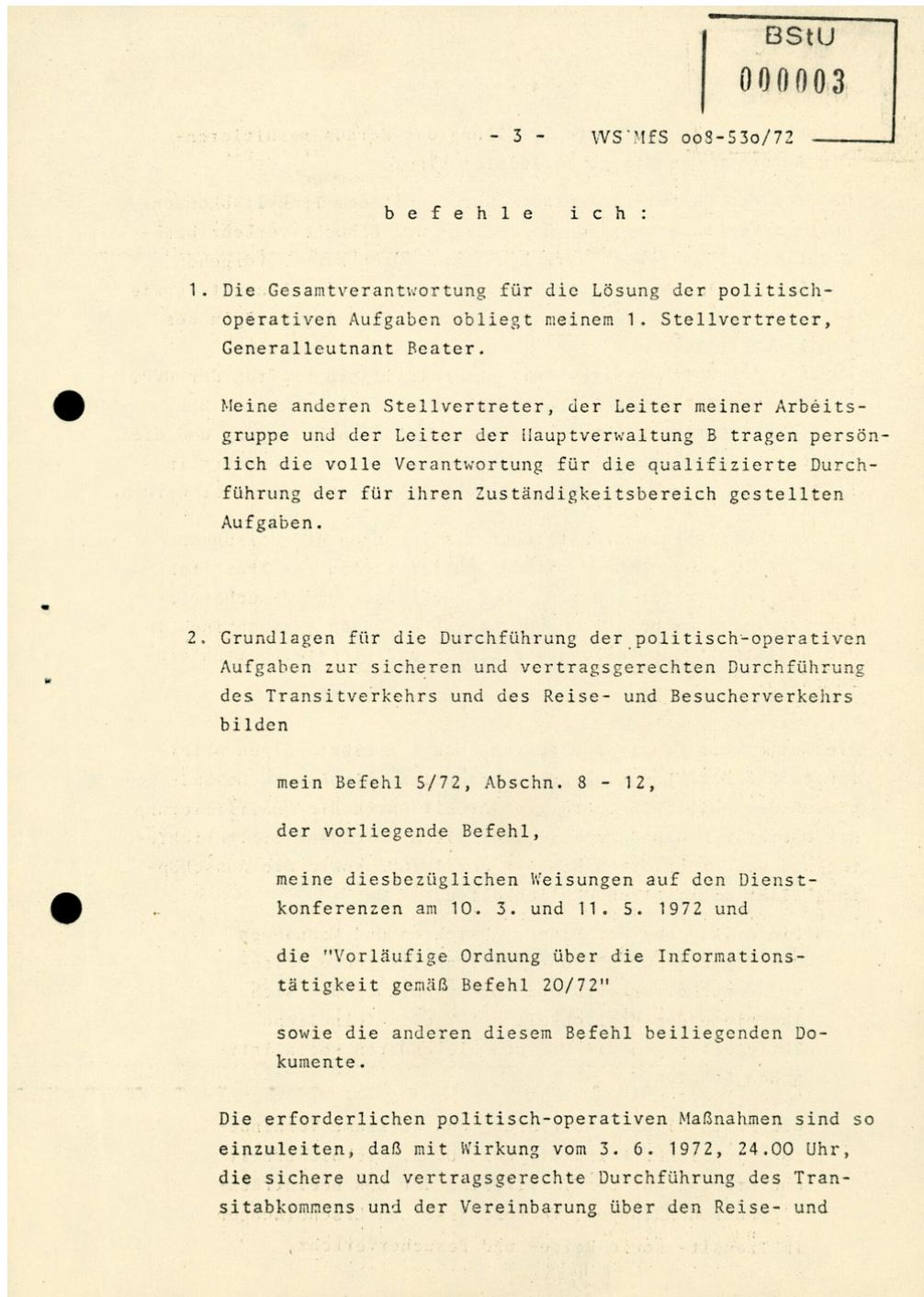
Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok, Nr. 1743, Bl. 1-18

Blatt 1

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"



Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

BStU
00004

- 4 -

Besucherverkehr sowie die Erfüllung der daraus resultierenden Aufgaben des MfS gewährleistet sind.

Die von der Partei- und Staatsführung mit dem Transitabkommen und der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr beabsichtigten politischen Wirkungen sind durch kluges Vorgehen und überlegtes Handeln der für die Sicherung des Transit- sowie Reise- und Besucherverkehrs verantwortlichen Angehörigen des MfS zu garantieren.

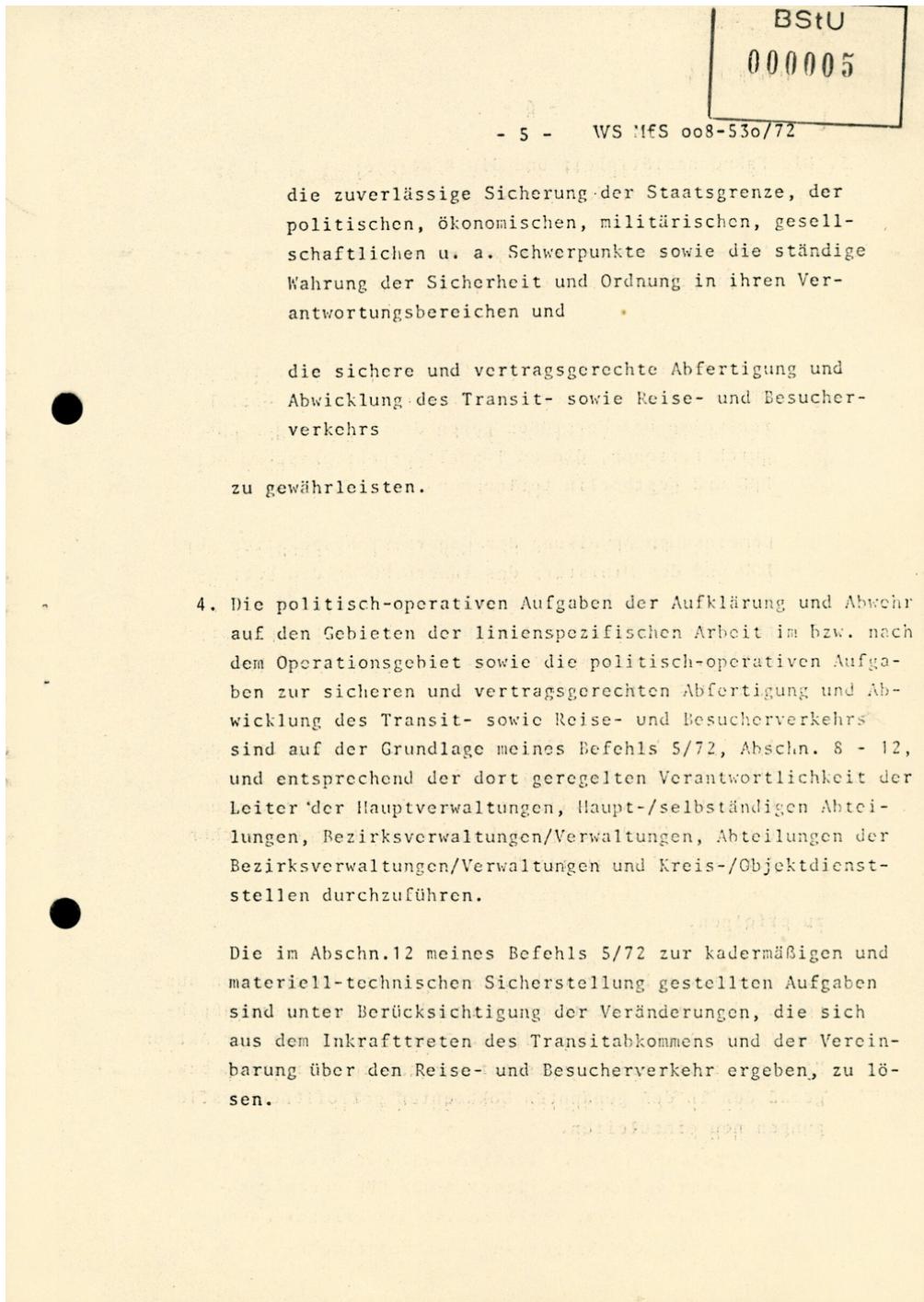
Durch enges Zusammenwirken mit den beteiligten Kräften der DVP, der Zollverwaltung, der Industrie- und Handelsbank, des DRK u. a. Institutionen ist zu sichern, daß die Abfertigung und die Abwicklung des Transit- sowie Reise- und Besucherverkehrs in hoher Qualität und mit höchster Wachsamkeit gewährleistet werden.

Entsprechend meinen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen sind die im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Transitabkommens und der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr zu lösenden politisch-operativen Aufgaben systematisch in die Gesamtaufgabenstellung der Linien und Diensteinheiten einzzuordnen.

3. Die Leiter der Hauptverwaltungen, Haupt-/selbständigen Abteilungen und Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben im Gesamtprozeß der politisch-operativen Arbeit durch die Qualifizierung der operativen Grundprozesse, vor allem durch den zielgerichteten und differenzierten Einsatz der IM/GMS sowie die Ausschöpfung aller offiziellen Möglichkeiten,

die Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners zur Störung des Transit- sowie Reise- und Besucherverkehrs und zur Ausnutzung der sich ihm bietenden Möglichkeiten für eine feindliche Tätigkeit gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten,

die Feststellung, Aufklärung und wirksame Verhinderung jeglicher Feindtätigkeit u. a. die Sicherheit und Ordnung auf dem Territorium der DDR bei einträchtiger Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen im Transit- sowie Reise- und Besucherverkehr,

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

BStU
000006

- 6 -

5. Die Fahndungstätigkeit und die Realisierung von Reisesperren haben auf der Grundlage der

"Grundsätze über Reisesperren und Zurückweisungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr"

Gemeinsame Anweisung des Generalstaatsanwaltes der DDR und des Ministers des Innern "Über die Verfahrensweise bei Verstößen gegen die Gesetze der DDR durch Personen, die am Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin teilnehmen" vom 3. 6. 1972

Gemeinsame Anweisung des Generalstaatsanwaltes der DDR und des Ministers des Innern "über die Verfahrensweise bei Verstößen gegen die Gesetze der DDR gegenüber Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin, die zeitweise in die DDR einreisen" vom 3. 6. 1972 sowie der

Anweisung Nr. /72 des Generalstaatsanwaltes der DDR über "die Aufgaben des Staatsanwaltes bei der Einleitung und Realisierung von Personenfahndungen (Fahndung/Verhaftung) auf den Transitwegen zwischen der BRD und Westberlin"

zu erfolgen.

Die operativen Linien und Diensteinheiten haben davon ausgehend die bisher bestehenden Fahndungs- und Sperrmaßnahmen (einschließlich der, die im Zusammenhang mit der Aktion "Akzent" zeitweilig ausgesetzt wurden) zu überprüfen bzw. gemäß den in den genannten Dokumenten getroffenen Festlegungen neu einzuleiten.

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

BStU
000007

- 7 - VVS MfS 008-530/72

Anträge zur Realisierung von Fahndungsausschreibungen zu Verhaftungen von Transitreisenden sind mir über den Leiter der Hauptabteilung IX zur Bestätigung einzureichen. Nach erfolgter Bestätigung hat der Leiter der Hauptabteilung IX die erforderlichen Maßnahmen beim Generalstaatsanwalt der DDR und die Einleitung der Fahndung bei der Hauptabteilung VI zu veranlassen.

6. Alle Hinweise auf

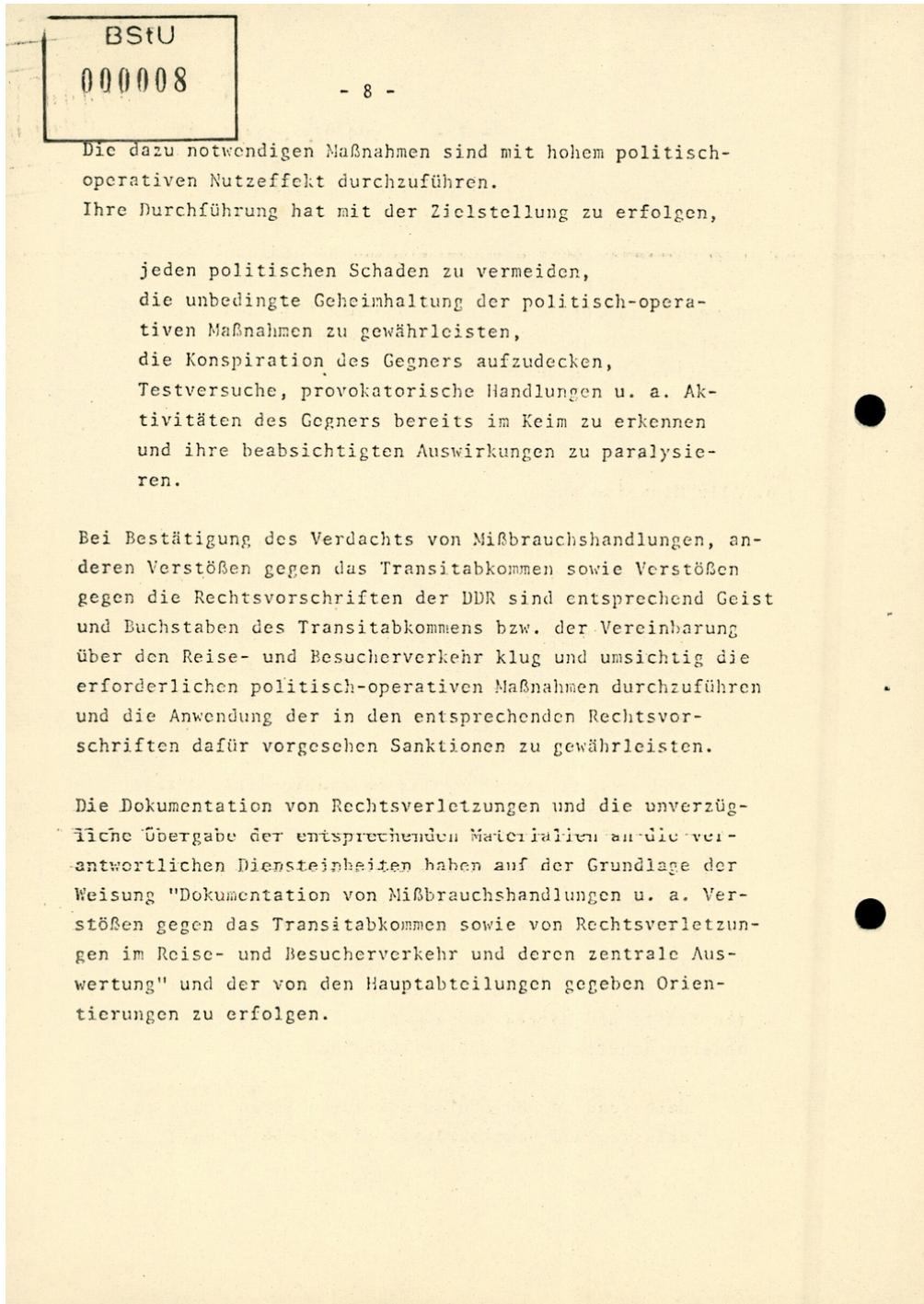
Mißbrauchshandlungen (Artikel 16 Transitabkommen) und andere Verstöße gegen das Transitabkommen,

politisch-operativ relevante Verletzungen der Rechtsvorschriften der DDR durch Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin im Reise- und Besucherverkehr und

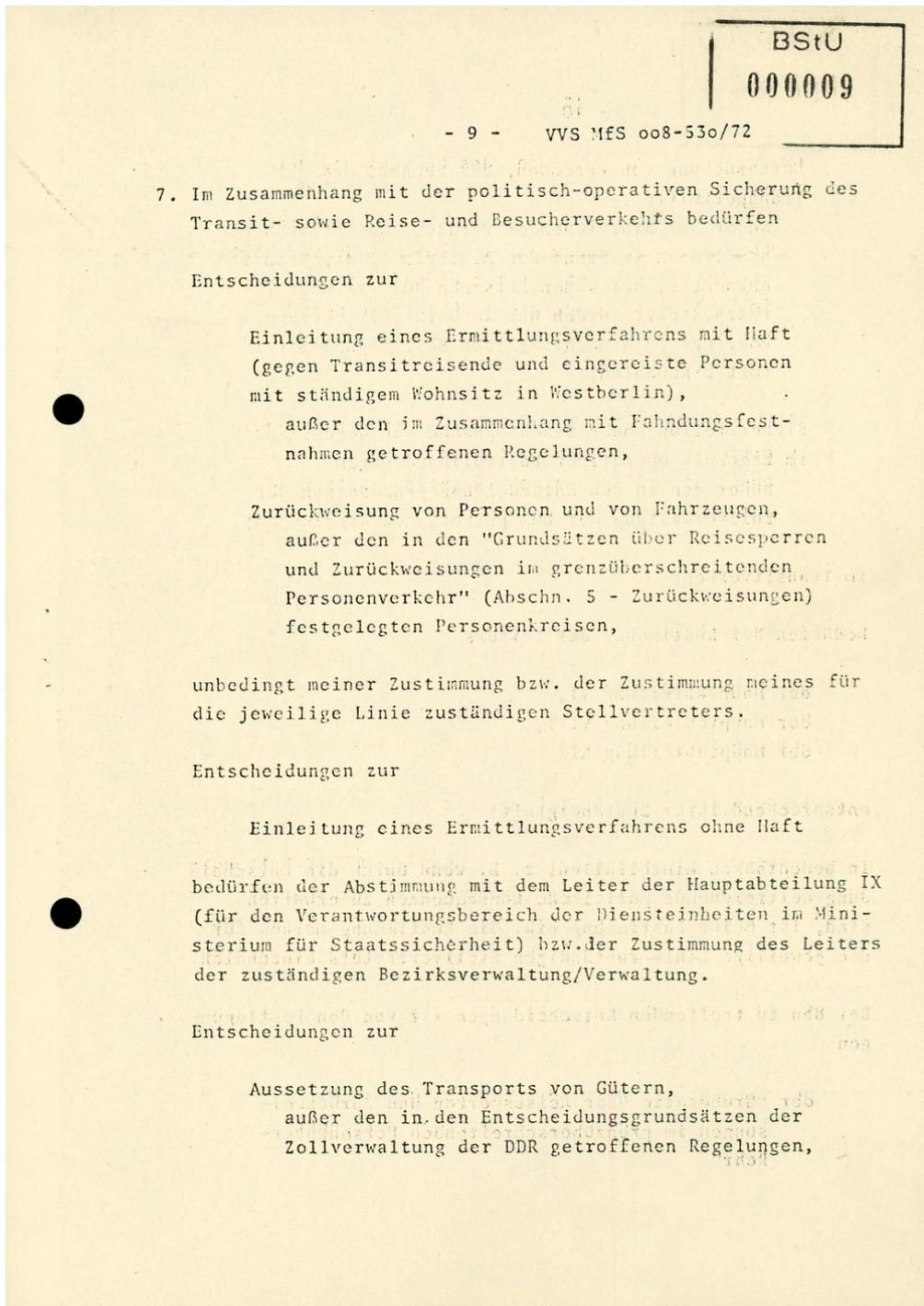
andere politisch-operativ relevante Vorkommnisse und Erscheinungen

sind entsprechend den dienstlichen Bestimmungen und Weisungen sowie unter Berücksichtigung des "Katalogs über mögliche Entscheidungen bei der Aufdeckung, Bearbeitung und Verhinderung des Mißbrauchs des Transitverkehrs zwischen der DDR und Westberlin" durch Nutzung aller politisch-operativen Kräfte und Mittel und in engem Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen

umfassend zu überprüfen und aufzuklären sowie zu erfassen und beweiskräftig zu dokumentieren.

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"



Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

BStU
000010

- 10 -

Durchsuchung von Personen, des Gepäcks und der Transportmittel,

außer bei hinreichendem Verdacht auf Mißbrauchs-handlungen im Sinne des Artikels 16 des Transit-abkommens, bei denen Personen auf frischer Tat festgestellt wurden und wo Gefahr im Verzuge vorliegt (die nachträgliche Bestätigung ist sofort einzuholen),

Sicherstellung oder Beschlagnahme von Gegenständen im Ergebnis operativer Kontrollhandlungen,
außer den in den Entscheidungsgrundsätzen der Zollverwaltung der DDR getroffenen Regelungen,

im Transitverkehr

bedürfen der Zustimmung des Leiters

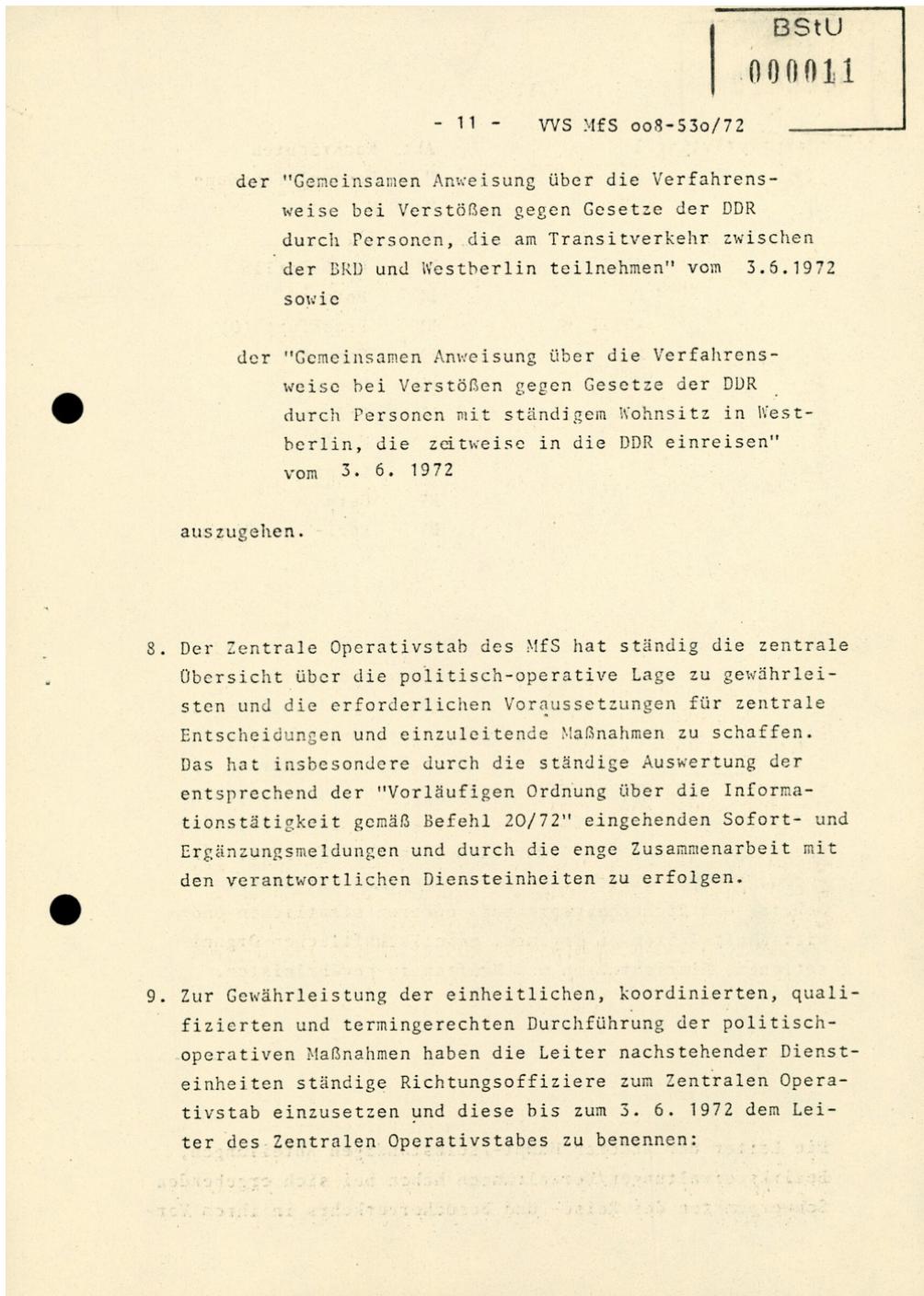
der Hauptabteilung VI,
der Hauptabteilung VIII,
der Hauptabteilung XIX

entsprechend ihrer Zuständigkeit.

In bedeutsamen Einzelfällen, z. B. wenn durch die Entscheidung weitreichende politische Konsequenzen zu erwarten sind, ist meine Zustimmung bzw. die Zustimmung meines für die jeweilige Linie zuständigen Stellvertreters einzuholen.

Bei den zu treffenden Entscheidungen ist von den Festlegungen

der "Grundsätze über Reisesperren und Zurückweisungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr"

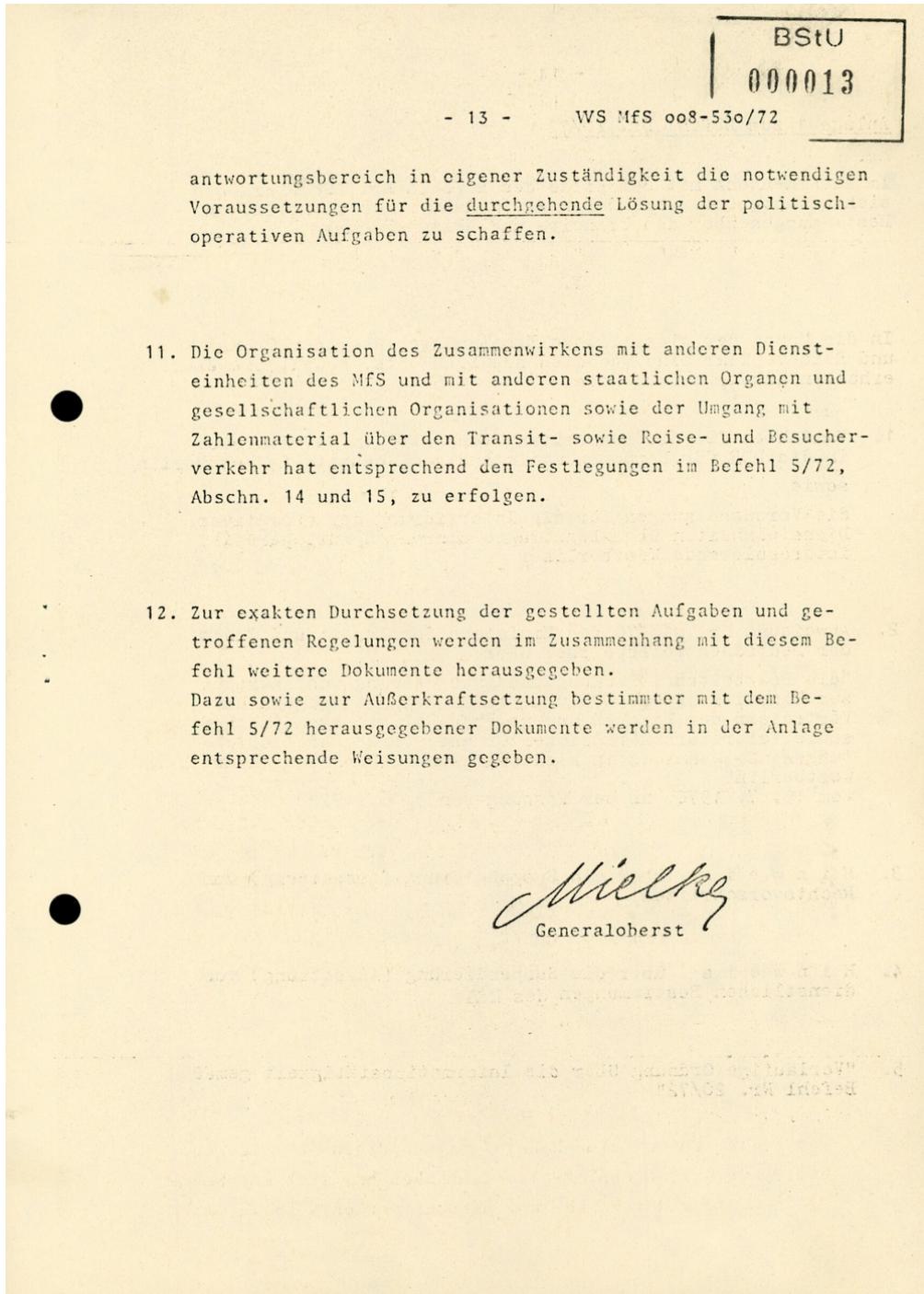
Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

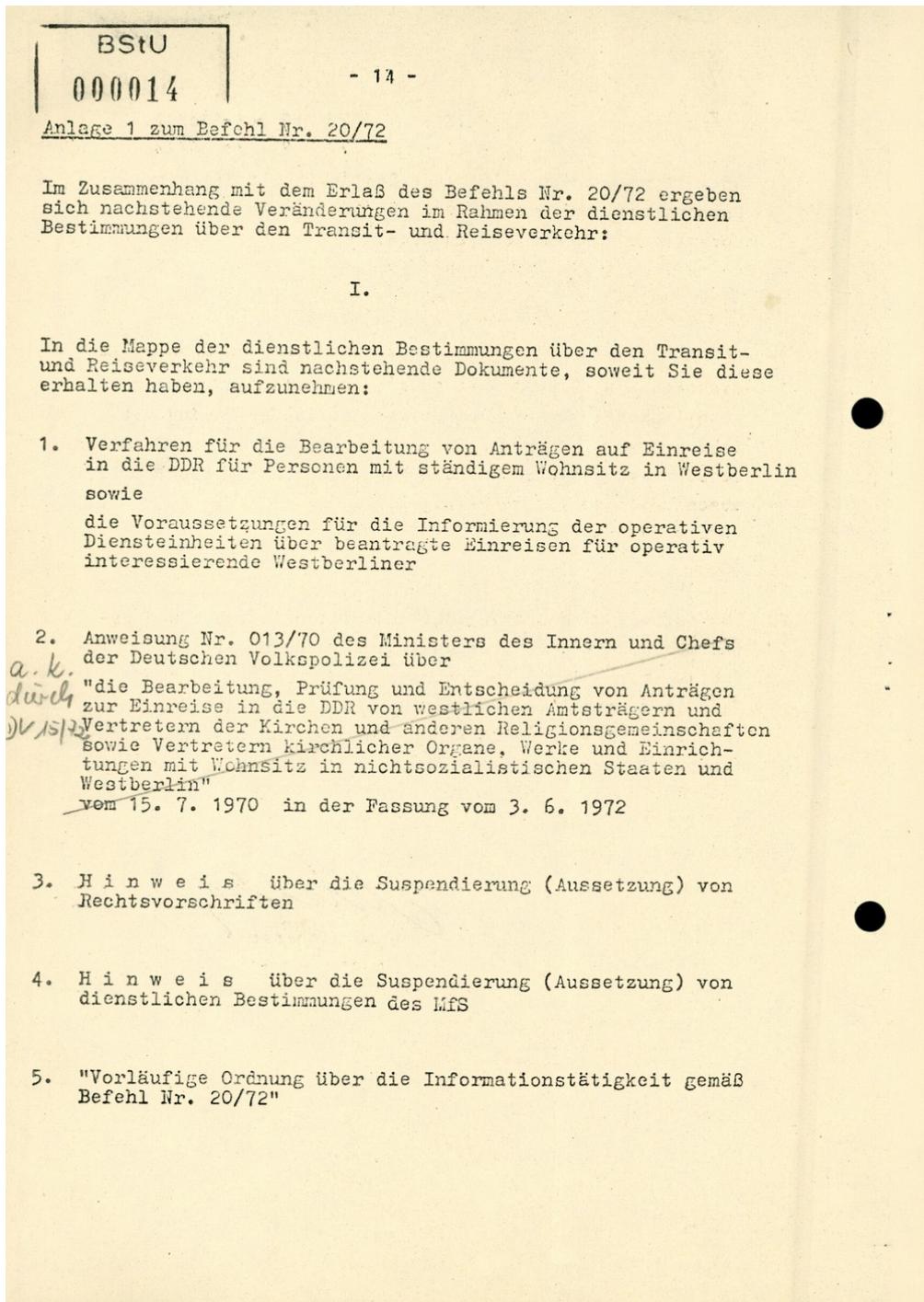
BStU	000012	- 12 -
Hauptabteilung I		Abt. Nachrichten
" II		" Postzollfahndung
" VI		" M
" VII		" XII
" VIII		Verw. Groß-Berlin
" IX		BV Potsdam
" XVIII		BV Frankfurt (O)
" XIX		BV Schwerin
" XX		BV Magdeburg
" Kader u. Sch.	BV	Erfurt
" Verw. u. Wirtsch.	BV	Halle
ZAIG	BV	Leipzig
	BV	Gera
	BV	Karl-Marx-Stadt

10. Die Leiter der Hauptabteilungen VI, VII, VIII, IX, XIX und XX sowie die Leiter der Verwaltung Groß-Berlin und der Bezirksverwaltungen Potsdam, Frankfurt (O), Schwerin, Magdeburg, Erfurt, Halle, Leipzig, Gera und Karl-Marx-Stadt haben durchgehend die Lösung der ihnen zur Sicherung des Transit- sowie Reise- und Besucherverkehrs übertragenen Aufgaben sowie das erforderliche Zusammenwirken zwischen ihren und mit anderen Diensteinheiten des MfS sowie ein enges, kameradschaftliches Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, gesellschaftlichen Organisationen, Einrichtungen und Kräften zu gewährleisten.

Die Leiter der anderen Haupt-/selbständigen Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben bei sich ergebenden Schwerpunkten des Reise- und Besucherverkehrs in ihrem Ver-

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"



Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

BStU
000015

- 15 - VVS MfS 008-530/72

Wurde nicht erlassen

6. Zur Dokumentation von Mißbrauchshandlungen und anderen Verstößen gegen das Transitabkommen sowie von Rechtsverletzungen im Reise- und Besucherverkehr und deren zentrale Auswertung

7. Grundsätze über Reisesperren und Zurückweisungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr

8. Anweisung Nr. 1.
Die Aufgaben des Staatsanwaltes bei der Einleitung und Realisierung von Personenfahndungen (Fahndung/Verhaftung) auf den Transitwegen zwischen der BRD und Westberlin

9. Gemeinsame Anweisung (Generalstaatsanwalt/MdI)
Über die Verfahrensweise bei Verstößen gegen Gesetze der DDR durch Personen, die am Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin teilnehmen
vom 3. 6. 1972

10. Gemeinsame Anweisung (Generalstaatsanwalt/MdI)
Über die Verfahrensweise bei Verstößen gegen Gesetze der DDR gegenüber Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin, die zeitweise in die DDR einreisen
vom 3. 6. 1972

11. Regelung des Verfahrens zur Unterrichtung der zuständigen Behörden der BRD bzw. Westberlins über Festnahmen, den Ausschluß von Personen von der Benutzung der Transitwege und Zurückweisung gemäß Artikel 16 Ziffer 5 Absatz 2 des "Abkommens zwischen der Regierung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)" (Transitabkommen) sowie über mögliche Unterrichtung der vorgenannten Behörden gemäß Artikel 16 Ziffer 6 des Transitabkommens

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

BStU

000016

- 16 -

12. Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über
"Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Transitverkehr ziviler Personen und Güter auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen zwischen der BRD und Westberlin durch das Hoheitsgebiet der DDR"
vom 3. 6. 1972
13. 1. Durchführungsanweisung des Leiters der Hauptabteilung Transportpolizei zum Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 3. 6. 1972
14. 2. Durchführungsanweisung des Leiters der Hauptabteilung Schutzpolizei zum Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 3. 6. 1972
15. 3. Durchführungsanweisung des Leiters der Hauptabteilung Verkehrspolizei zum Befehl Nr. 012/72 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 3. 6. 1972
16. 2. Änderung zur Ordnung über die Kontrollaufgaben der DVP zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherung im Grenzgebiet an der Staatsgrenze der DDR zur BRD
a.k.d.
JV 8172
17. Zehnte Durchführungsbestimmung zum Paßgesetz der DDR
18. Anordnung Nr. 5 über die Erfüllung der Meldepflicht
19. Anordnung über die Einrichtung von Liegeplätzen mit Landgang für die Besatzungen der Binnenschiffe im Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin
20. Anweisung über die Einrichtung von Rastplätzen für durchgehende Autobusse im Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

BStU
000017

- 17 - VVS MfS 008-530/72

21. Regelung über die Zulassung von Abschleppdiensten mit Sitz außerhalb der DDR

22. Anordnung über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtauschens

II.

Nachstehende dienstliche Bestimmungen sind bis zum 30. 6. 1972 an das Büro der Leitung, Dokumentenverwaltung, zurückzusenden:

1. Verfahren für die Bearbeitung von Anträgen auf zeitweilige Einreise in die DDR für Personen mit ständigem Wohnsitz in Westberlin
sowie
die Voraussetzungen für die Informierung der operativen Diensteinheiten über beantragte Einreisen für operativ interessierende Westberliner vom 9. 3. 1972
VVS MfS 008-210/72

2. Ordnung über Informationstätigkeit während der Aktion "Akzent" vom 9. 3. 1972, einschließlich Anlagen 1 - 6
VVS MfS 008-215/72
VVS MfS 008-216/72
VVS MfS 008-217/72
VVS MfS 008-218/72
VVS MfS 008-219/72

3. Grundsätze der Fahndung bei der zeitweiligen Anwendung des Transitabkommens DDR/BRD sowie der Vereinbarung über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucher- verkehrs vom 9. 3. 1972
VVS MfS 008-214/72

Befehl Nr. 20/72 "Politisch-operative Aufgaben zur sicheren und vertragsgerechten Durchführung des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs"

